

## Niederschrift

### Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

---

**Sitzungstermin:** Freitag, 25.05.2018  
**Sitzungsbeginn:** 16:37 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:15 Uhr  
**Ort, Raum:** Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

---

#### Anwesende Mitglieder

##### Vorsitz

Frau Marianne Wölk - SPD

##### reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD  
Herr Thorsten Büchner - SPD  
Herr Dominic Dehmel - SPD  
Frau Myriam Hövel - SPD  
Herr Schaker Hussein - SPD  
Frau Alexandra Klusmann - SPD  
Herr Dr. Fabio Longo - SPD  
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD  
Herr Heinrich Löwer - SPD  
Herr Uwe Meyer - SPD  
Herr Steffen Rink - SPD  
Frau Sonja Sell - SPD  
Herr Ulrich Severin - SPD  
Herr Matthias Simon - SPD  
Herr Gerald Weidemann - SPD  
Frau Anna Zels - SPD  
Herr Dirk Bamberger - CDU  
Herr Oliver Hahn - CDU  
Herr Hermann Heck - CDU  
Herr Manfred Jannasch - CDU  
Herr Walter Jugel - CDU  
Herr Winfried Kissel - CDU  
Herr Lars Küllmer - CDU  
Herr Stephan Muth - CDU  
Herr Roger Pfalz - CDU  
Frau Runhild Piper - CDU

Herr Mathias Range - CDU  
 Herr Hans-Martin Reissner - CDU  
 Frau Sabine Schäfer-Jarosz - CDU  
 Frau Karin Schaffner - CDU  
 Herr Jens Seipp - CDU  
 Herr Jan von Ploetz - CDU  
 Frau Angela Dorn-Rancke - B90/Die Grünen  
 Herr Dietmar Götting - B90/Die Grünen  
 Herr Dr. Karsten McGovern - B90/Die Grünen  
 Frau Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen  
 Herr Marco Nezi - B90/Die Grünen  
 Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen  
 Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen  
 Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen  
 Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen  
 Frau Renate Bastian - Marburger Linke  
 Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke  
 Herr Roland Böhm - Marburger Linke  
 Herr Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke  
 Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke  
 Herr Jan Schalauske - Marburger Linke  
 Herr Jonathan Schwarz - Marburger Linke  
 Herr Hanke Bokelmann - FDP/MBL  
 Herr Christoph Ditschler - FDP/MBL  
 Frau Lisa Freitag - FDP/MBL  
 Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL  
 Herr Roland Frese - BfM  
 Frau Gabriele Mensing - BfM  
 Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM  
 Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

### **Entschuldigte Mitglieder**

#### **reguläre Mitglieder**

Herr Dr. Mohammad Malmanesh - SPD	- entschuldigt -
Frau Inge Sturm - Marburger Linke	- entschuldigt -

### **Mitglieder des Magistrats**

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD	
Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU	
Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD	
Herr Stadtrat Jürgen Hertlein - SPD	
Frau Stadträtin Ursula Schulze-Stampe – SPD	
Frau Stadträtin Dr. Marlis Sewering-Wollanek - SPD	- entschuldigt -
Frau Stadträtin Anne Oppermann - CDU	
Herr Stadtrat Christian Schombert - CDU	
Frau Stadträtin Anni Röhrkohl - CDU	
Frau Stadträtin Alev Laßmann - B90/Die Grünen	
Herr Stadtrat Nico Biver - Marburger Linke	
Herr Stadtrat Michael Selinka - FDP	
Herr Stadtrat Frédéric Schwindack - BfM	

## Protokoll

Herr Lothar Sprenger, Fachdienst Kommunale Gremien

## Protokoll:

---

### zu 1 Eröffnung der Sitzung

---

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie gratuliert der Stadtverordneten Anna Zels im Namen der Stadtverordnetenversammlung zur Hochzeit und überreicht einen Blumenstrauß. Sie stellt anschließend die form- und fristgerechte Ladung zur heutigen Sitzung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände gegen diese Feststellungen werden nicht erhoben.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk verweist auf den Dringlichkeitsantrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Bürgerbeteiligung zur Planung der Sanierung „Grüner Wehr“, der jedoch das für die Aufnahme auf die Tagesordnung erforderliche Quorum nicht erreicht (siehe dazu TOP 7.1). Sie trägt sodann die Tagesordnung für die heutige Sitzung unter Berücksichtigung der zurückgestellten und zurückgezogenen Vorlagen und Anträge vor. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

---

### zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.04.2018

---

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27.04.2018 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgebracht. Die Niederschrift gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

### zu 3 Fragestunde

---

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 11 sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

#### **Kleine Anfrage Nr. 01 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Hans-Werner Seitz
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

#### **Frage:**

Haben Marburger Schulen das Angebot des Kultusministeriums, mitgeteilt im Schreiben des Kultusministers vom 23.03.2018, angenommen, zusätzliche Mittel für den weiteren Ausbau des Ganztagsangebots und den Pakt für den Nachmittag zu beantragen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 40 - Schule
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebir

#### **Stellungnahme/Antwort:**

Nach Eingang des Schreibens von Kultusminister Prof. Dr. Lorz hat der Fachdienst Schule das Angebot an die in Frage kommenden Schulen weitergeleitet.

Daraufhin haben folgende Schulen Anträge gestellt:

- Waldschule Wehrda, Antrag auf Aufstockung der Ressourcen um 0,5 Stellenanteile
- Grundschule Michelbach, Antrag auf Aufstockung der Ressourcen um 0,75 Stellenanteile und Antrag auf Wechsel von Profil 1 zu Profil 2
- Richtsberg Gesamtschule, Antrag auf Aufstockung der Ressourcen um 1,25 Stellenanteile und Antrag auf Wechsel von Profil 2 zu Profil 3

Diese Anträge wurden dem Hessischen Kultusministerium fristgerecht zugeleitet. Weitere Schulen haben keine Anträge gestellt, da ihnen z. T. die Antragsfrist als zu kurz erschienen.

Anträge auf Einstieg in den Pakt in den Nachmittag wurden nicht gestellt, da aus Sicht der Schulen aber auch des Fachdienstes Schule der Pakt für den Nachmittag keinerlei Vorteile gegenüber dem „Marburger Modell“ mit sich bringt.

Die gute Zusammenarbeit mit den Schulen zur Entwicklung einer guten Verzahnung mit dem bisherigen Betreuungsangebot in einem Ganztagsangebot wird weiter erfolgreich fortgesetzt.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

**Kleine Anfrage Nr. 02**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Jan Schalauske
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Bei wie vielen und welchen in Marburg ansässigen und steuerpflichtigen Großunternehmen (wie etwa die Behring-Nachfolgefirmen oder DVAG) wäre eine Beteiligung städtischer Bediensteter an Außenprüfungen nach § 21 Abs. 3 FVG (Finanzverwaltungsgesetz) zulässig, weil diese Unternehmen in Marburg Betriebsstätten unterhalten oder Grundbesitz haben?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 20 - Finanzservice
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Gemäß § 21 Abs. 3 Finanzverwaltungsgesetz sind Gemeinden berechtigt, hinsichtlich der Realsteuern an Außenprüfungen bei Steuerpflichtigen teilzunehmen, wenn diese in der Gemeinde eine Betriebsstätte unterhalten oder Grundbesitz haben und die Außenprüfungen im Gemeindebezirk erfolgen. Da Großunternehmen häufig ihre Hauptsitze, an denen die Außenprüfungen stattfinden, in anderen Städten innerhalb Deutschlands haben, könnte die Universitätsstadt Marburg in diesen Fällen nicht an den Außenprüfungen teilnehmen. Es verbleiben ein paar wenige Großunternehmen, wo die Teilnahme an einer Außenprüfung möglich wäre. Diese namentlich aufzuführen verbietet das Steuergeheimnis.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 03**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Winfried Kissel
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

**Frage:**

Im Bereich der Lahnberge Marburg sind im Zweiten Weltkrieg viele Bomben abgeworfen worden. Der Kampfmittelräumdienst hat in den vergangenen Jahren unregelmäßig das Gebiet abgesucht, die Suche ist allerdings noch nicht abgeschlossen. Die Forstverwaltung weist auf Schildern Spaziergänger darauf hin, wegen möglicher Bombengefahr die markierten Wege nicht zu verlassen. Kann der Magistrat mitteilen, wieviel qm des Waldgebietes bisher vom Kampfmittelräumdienst abgesucht wurden, wie groß noch die restliche Fläche ist und wie die zeitliche Pla-

nung bzgl. der weiteren Bombensuche im Bereich der Lahnberge ist?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Der Wald im Bereich der Lahnberge ist nahezu vollständig Landeseigentum und wird durch Hessen-Forst bewirtschaftet. Die bereits abgesuchten Flächen sind zwar kartiert, jedoch nicht in Quadratmetern angegeben. Ob und wann sämtliche Flächen abgesucht werden, konnte bei Hessen-Forst nicht abschließend in Erfahrung gebracht werden.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 04  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Dr. Christa Perabo
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

**Frage:**

Kann der Magistrat Auskunft geben, warum er bei seiner einseitigen Entscheidung, das sogenannte „weiße Fahrrad“ in der Bahnhofstraße zu entfernen, es versäumt hat, Befürworter und Gegner dieses Objektes zu einem gemeinsamen Gespräch einzuladen und davon seine Entscheidung abhängig zu machen.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Nachdem Beschwerden über das „weiße Fahrrad“ im Ordnungsamt eingegangen waren, wurde von dort versucht, die verantwortlichen Personen, die das Fahrrad in der Bahnhofstraße aufgestellt haben, zu ermitteln. Trotz intensiver Bemühungen ist es nicht gelungen, verantwortliche Personen ausfindig zu machen. Ohne die tatsächlich Verantwortlichen war eine Abstimmung nicht möglich.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 05  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Hans-Werner Seitz
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

**Frage:**

Aus welchem Grund gibt es für Buslinien, wie z.B. die Buslinie 5, während der Schulferien einen reduzierten Fahrplan, obwohl die überwiegende Zahl der Fahrgäste - auch außerhalb der Ferienzeiten - keine Schüler\*innen sind, sondern Beschäftigte der anliegenden Unternehmen oder Bewohner\*innen deutlich jenseits der Schulpflicht?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Fahrpläne des Stadtbusverkehrs sehen außerhalb der ausgewiesenen Schulverkehre kei-

nen reduzierten Fahrplan vor. Die Anpassungen der Linie 5 spiegelt die verringerte Inanspruchnahme von Verkehrsleistungen während der hessischen Schulferien.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 06**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Roland Böhm
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Welche Auswirkungen haben die Photovoltaikanlagen auf den Gebäuden der GeWoBau auf die Höhe der Mieten der Bewohner/innen? Müssen sie für den Unterhalt und Betrieb der Anlagen mit aufkommen oder führen die Erträge der Photovoltaik zu niedrigeren Mieten?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	GeWoBau Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Photovoltaik-Anlagen auf den Liegenschaften der GeWoBau haben keinerlei Auswirkungen auf die Höhe der Mieten der Bewohner/innen. Kein Mieter muss für den Unterhalt und den Betrieb der Anlagen aufkommen. Stromverkäufe aus Photovoltaik und KWK werden grundsätzlich als getrenntes Geschäft geführt.

Neuerdings können im Zuge von Mieterstrom-Modellen (z.B. PV-Anlage Friedensplatz oder BHKW St.-Martin-Str.) die Mieter profitieren. Durch die Installation von weiteren PV-Anlagen wird dies bei zukünftigen Neubau-Maßnahmen zu einer Senkung der Wohnkosten durch günstigere Stromtarife führen.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 07**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Christian Schmidt
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

**Frage:**

Viele Mieter\*innen, Einzelhändler\*innen und Gastronom\*innen sind auch in Marburg von Gentrifizierungs- und Verdrängungsprozessen betroffen. Das Kneipenkollektiv Havanna8 ist eines der aktuellsten Beispiele.

Um einen Überblick über die An- und Verkäufe von Immobilien im Stadtzentrum zu erhalten, möge der Magistrat bitte die Frage beantworten, wie viele Eigentümer\*innenwechsel es bei welchen Immobilien in der Oberstadt, im Campusviertel und im Südviertel, nördlich und inklusive der Universitätsstraße sowie in Weidenhausen in den vergangenen drei Jahren gegeben hat.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Nachfolgend erhalten Sie eine Übersicht über die Anzahl der Immobilienverkäufe der Jahre 2015 - 2017 in den zentralen Lagen der Kernstadt Marburg für die Teilmärkte „bebaute Grundstücke“ und „Wohnungs-/Teileigentum“. Unbebaute Grundstücke wurde nicht veräußert. Für 2018 liegen derzeit noch keine Auswertungen vor.

Lage	Objektart	Bebaute Grundstücke				Eigentumswohnungen		Gewerbliches Teileigentum
		Wohn- und Geschäftshäuser	Mehrfamilienhäuser	1-2 Familienhäuser	Gewerbeimmobilien (Büro, Einzelhandel o.ä.)	Neubau	Bestand	Bestand
2015	Altstadt	6	4	1			11	1
	Campusviertel/ früher Kliniksv.		1	1			5	1
	Südviertel	2				9	41	
	Weidenhausen	1	2				3	
2016	Altstadt	6	4	1	2		7	1
	Campusviertel/ früher Kliniksv.		2				5	
	Südviertel		6				42	3
	Weidenhausen			3			1	1
2017	Altstadt	9	12	5	1		4	2
	Campusviertel/ früher Kliniksv.	2	1				8	2
	Südviertel	2	4		1		28	1
	Weidenhausen	2						1
Summe	Altstadt	21	20	7	3	0	22	4
	Campusviertel/ früher Kliniksv.	2	4	1	0	0	18	3
	Südviertel	4	10	0	1	9	111	4
	Weidenhausen	3	2	3	0	0	4	2
	insgesamt	30	36	11	4	9	155	13

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 08**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Christian Schmidt
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

**Frage:**

Wie gestaltet sich die Beteiligung der Universitätsstadt Marburg am diesjährigen, gemeinsamen Umweltaktionstag mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 69 - Umwelt und Naturschutz, Fairer Handel, Abfallwirtschaft
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

2018 werden der Landkreis Marburg-Biedenkopf und die Stadt Marburg keinen gemeinsamen Umweltaktionstag ausrichten.

Der traditionelle Veranstaltungsort im Bereich Elisabeth-Blochmann-Platz steht aufgrund der Baustelle an der Weidenhäuser Brücke nicht zur Verfügung – ebenso sind die sonst auf dem Erlenring stattfindenden Stände und Angebote räumlich nicht möglich.

Die sonst für den Umweltaktionstag seitens der Stadt Marburg eingesetzten Mittel werden in diesem Jahr für die erweiterten Angebote von dem Fahrradverleih Nextbike eingesetzt. Unter anderem realisiert die Stadt Marburg hiermit 24.000 Freifahrten für Bürgerinnen und Bürger beim Fahrradverleih (für alle ist die Nutzung für je ½ Stunde kostenlos) und baut den Fahrradverleih insgesamt aus. Mit diesem Angebot wird die umweltfreundliche Mobilität in Marburg



deutlich verbessert.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 09  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Roland Böhm
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Am 2. Mai wurde der Deutsche Kita-Preis vergeben, gewonnen hat eine hessische Kita (Familienzentrum Ludwig-Uhland-Straße, Maintal).

Da der Magistrat nicht müde wird, bei jeder Gelegenheit die Qualität der Marburger Kitas zu loben, stellt sich die Frage, haben sich auch Marburger Kitas beworben? Wenn ja, wo sind sie in diesem Ranking gelandet; wenn nein, warum nicht?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 58 - Kinderbetreuung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

**Stellungnahme/Antwort:**

Der Deutsche Kita-Preis wurde 2018 erstmalig vergeben. Es ist nicht bekannt, ob sich Marburger Einrichtungen in freier Trägerschaft für eine Auszeichnung beworben haben. Die Stadt Marburg in ihrer Funktion als Kita-Träger hat sich nicht beworben. Hier ist festzustellen, dass die Anforderungen an den Fachdienst Kinderbetreuung z.B. durch den Ausbau von Betreuungsplätzen, der Frage nach der Weiterentwicklung von pädagogischen Qualitätsstandards und den täglichen Aufgaben der Fach- und Dienstaufsicht aller elementarpädagogischen Einrichtungen deutlich ausgeschöpft sind.

Sollte der Preis 2019 erneut ausgelobt werden, wird sich die Stadt Marburg als lokales Bündnis für frühe Bildung mit ihrem träger- und einrichtungsübergreifenden Sprachkonzept bewerben.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

**Kleine Anfrage Nr. 10  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Jan Schalauske
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Wäre es möglich das nördlich an das Parkhaus am Pilgrimstein angrenzende Grundstück mit Wohnraum statt mit einer Parkhauserweiterung zu bebauen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Derzeit ist lediglich der Parkhausstandort planungsrechtlich als Mischgebiet im Bebauungsplan Nr. 1-30a ausgewiesen. Bei dieser Nutzungszuweisung wäre auch eine Wohnnutzung möglich. Nördlich anschließende Grundstücke mit Böschungsbewuchs bis zum Gebäude Pilgrimstein Nr. 13 unterliegen der Beurteilung des § 34 BauGB, was planungsrechtlich eine Wohnbebauung erst einmal nicht ausschließt. Hier müssen allerdings bauordnungsrechtliche und denkmalrechtlich Aspekte bei einer Beurteilung mitberücksichtigt werden.

**Kleine Anfrage Nr. 11  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Jonathan Schwarz
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Die Lahnwiesen im Bereich der Anlagen des vergangenen "Hafenfestes" sehen nach Abzug dieser aus wie ein Matschparadies. Was für kleine Kinder toll sein muss, ist für viele andere Mitbürger\*innen ein Ärgernis. Bis wann wird der ursprüngliche Zustand der Lahnwiesen wiederhergestellt, wer trägt die Kosten dafür und wie hoch sind diese?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 67 - Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Das Hochwasserereignis Anfang des Jahres hat erhebliche Schäden an der Grasnarbe im Lahnvorland/Uferstraße verursacht. Diese wurden am 24.04.2018 durch den Dienstleistungsbetrieb beseitigt. Der Bodenverlust musste mit dem Aufbringen von 40 cbm Mutterboden ausgeglichen werden. Bedingt durch die lang anhaltende kalte Witterung im Frühjahr war eine frühere Bearbeitung nicht möglich, daher konnte sich zu Beginn des Hafenfestes noch keine neue Rasennarbe bilden.

Das Gewitterereignis am 13.5.2018 weichte den Boden auf, so dass Schäden an der frisch wiederhergestellten Fläche durch die Abbautätigkeit der Aussteller entstanden.

Die Herstellung des vorherigen Zustandes durch den Veranstalter des Hafenfestes wird spätestens bis zum 25.05. 2018 erfolgen. Der Boden muss zur Bearbeitung genügend abgetrocknet sein.

Zu der Höhe der Kosten kann keine Aussage getroffen werden, da der Veranstalter des Hafenfestes diese Arbeiten ausführen muss und auch die Kosten trägt.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk erklärt die Fragestunde damit für beendet und erteilt dem Stadtverordneten Köster-Sollwedel das Wort für eine persönliche Bemerkung.

Die Antworten auf die Fragen Nr. 12 bis 22 werden nach Beendigung der Fragestunde an die Fragesteller/innen verteilt. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

---

**zu 5      Marburger Ortsrecht - II. Nachtrag zur Kinderbetreuungssatzung und I. Nachtrag zur Kindertagespflegesatzung  
Vorlage: VO/6223/2018**

---

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Die Vorlage wurde im Ausschuss ausführlich beraten. Einem von der Fraktion B90/Die Grünen eingebrachten Änderungsantrag empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung, der ursprünglichen Vorlage des Magistrats mehrheitlich die Zustimmung. Aussprache wurde durch die Fraktion B90/Die Grünen angemeldet.

Die Vorlage ist weiterhin im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Auch dort wurde zunächst über den Änderungsantrag der

Fraktion B90/Die Grünen abgestimmt, dem der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung empfiehlt. Der ursprünglichen Vorlage empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung.

An der Aussprache beteiligen sich Stadträtin Dinnebier, die Stadtverordneten Kula, Ditschler, Stahl, Pfalz, Severin, Böhm, Oberbürgermeister Dr. Spies sowie die Stadtverordneten Dorn-Rancke, Köster-Sollwedel, Schalauske und erneut Dorn-Rancke. Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Nezi an die Stadtverordnete Dorn-Rancke lässt die Stadtverordnetenvorsteherin nicht zu. Daraufhin beantragt die Stadtverordnete Dr. Neuwohner die Einberufung des Ältestenrates. Dem entspricht die Stadtverordnetenvorsteherin, unterbricht die Sitzung um 18:53 Uhr und beruft den Ältestenrat ein. Um 19:24 Uhr wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt. Stadtverordnetenvorsteherin Wölk erklärt, dass in der strittigen Frage der Zulassung der Zusatzfrage im Ältestenrat kein Einvernehmen erzielt werden konnte. Die Entscheidung bleibt damit bestehen.

Als letzte Rednerin im Rahmen der Aussprache spricht die Stadtverordnete Hövel.

Im Anschluss trägt die Stadtverordnetenvorsteherin zunächst den Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen vor und ruft diesen zur Abstimmung auf. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt wie folgt:

**Abstimmungsergebnis:**

Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei  
Nein: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

**Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.**

Es folgt die Abstimmung der ursprünglichen Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

- 1. Der beigefügte II. Nachtrag zur Satzung über die Benutzung von Kindertageseinrichtungen (Kindergarten - Kindertagesstätte - Hort - Krippe - Familienzentrum) der Universitätsstadt Marburg - Kinderbetreuungssatzung - wird beschlossen.**
- 2. Der beigefügte I. Nachtrag zur Satzung über die Betreuung von Kindern durch qualifizierte Kindertagespflegepersonen mit einer Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII in der Universitätsstadt Marburg - Kindertagespflegesatzung - wird beschlossen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja: SPD, CDU, BfM, Piratenpartei  
Nein: 4 Stimmen von B90/Die Grünen  
Enthaltung: Marburger Linke, 5 Stimmen von B90/Die Grünen, FDP/MBL

---

**zu 8.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Prioritätenliste und Zeitplan zur Umsetzung der Radverkehrsplanung  
Vorlage: VO/6241/2018**

---

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Dem Ausschuss lag ein Änderungsantrag der BfM vor, dem der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung empfiehlt. Dem Ursprungsantrag empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Schwarz, Schaffner, Seitz, Weidemann, Bürgermeister Stötzel und der Stadtverordnete Dr. Longo.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin zunächst über den Antrag in seiner ursprünglichen Fassung abstimmen mit folgendem Ergebnis:

**Abstimmungsergebnis:**

Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei  
Nein: SPD, CDU, BfM  
Enthaltung: FDP/MBL

**Der Ursprungsantrag ist damit abgelehnt.**

Es folgt die Abstimmung des Änderungsantrages.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr beginnend ab dem 1. Quartal 2019 zweimal im Jahr über die Umsetzung der 3. Fortschreibung der Radverkehrsplanung im vergangenen Jahr, ihren aktuellen Stand und ihren Ausblick für das kommende Jahr zu berichten.**

**Dabei soll der Magistrat insbesondere eingehen auf:**

- Verbesserungen im innerstädtischen Radwegenetz
- Verbesserung in der Verbindung der Außenstadtteile an das innerstädtische sowie das überregionale Radwegenetz
- Verbesserung der Radwegeverbindung zu den wichtigen betrieblichen und universitären Standorten (v.a. Standorte Behringwerke, UKGM, Campus Lahnberge)
- Verbesserungen im Bereich der Sicherheit für Fahrradfahrer.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Nein: 7 Stimmen von B90/Die Grünen, 5 Stimmen der Marburger Linke  
Enthaltung: 2 Stimmen von B90/Die Grünen, 2 Stimmen der Marburger Linke, Piratenpartei

---

**zu 4 Marburger Ortsrecht - Außerkraftsetzen der Richtlinie zur Förderung von solarthermischen Anlagen  
Vorlage: VO/6221/2018**

---

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich dem Ausschussvotum an und fasst folgenden Beschluss:

**Die „Richtlinie der Universitätsstadt Marburg zur Förderung von solarthermischen Anlagen“ vom 23.04.2009 wird außer Kraft gesetzt.**

**Dieser Beschluss tritt mit Wirkung vom Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.**

**Abstimmungsergebnis**

Ja: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei  
Nein: keine  
Enthaltung: B90/Die Grünen, Marburger Linke

---

**zu 6            Wirtschaftspläne 2018 der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und der Marburger Service GmbH  
Vorlage: VO/6211/2018**

---

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Den vorliegenden Wirtschaftsplänen 2018 der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH sowie der Marburger Service GmbH wird zugestimmt.**

**Abstimmungsergebnis**

Ja	SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei
Nein	Marburger Linke
Enthaltung	keine

---

**zu 7            Dringlichkeitsanträge**

---

---

**zu 7.1        Dringlicher Antrag der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen betr.: Bürgerbeteiligung zur Planung der Sanierung des „Grüner Wehrs“  
Vorlage: VO/6261/2018**

---

Der Stadtverordnete Schmidt begründet unter TOP 1 im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung die Dringlichkeit des Antrage. Nach Stellungnahme durch Bürgermeister Stötzel zum Verfahren Grüner Wehr spricht der Stadtverordnete Pfalz gegen die Dringlichkeit des Antrages.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk lässt anschließend über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen. Für die Dringlichkeit stimmen die Fraktionen von B90/Die Grünen und Marburger Linke sowie die Piratenpartei. Damit ist das nach § 58 Abs. 2 HGO für die Aufnahme auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung erforderliche Quorum von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung nicht erreicht.

**Der Antrag wird nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.**

Der Stadtverordnete Göttling gibt den Antrag daraufhin in das Verfahren.

---

**zu 8            Anträge der Fraktionen**

---

---

**zu 8.1        Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Positive Nutzung der Sperrung der Weidenhäuser Brücke  
Vorlage: VO/6159/2018**

---

Der Antrag wurde im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr durch die antragsstellende Fraktion für erledigt erklärt.

---

**zu 8.2 Antrag der Fraktionen Marburger Linke und B90/Die Grünen betr. Weitergabe Planungen Elisabethstraße und westliche Bahnhofstraße  
Vorlage: VO/6215/2018**

---

Der Antrag wurde im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr und im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften durch die antragsstellende Fraktion für erledigt erklärt.

---

**zu 8.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN betr.: Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesteilhabegesetz  
Vorlage: VO/6219/2018**

---

Der Antrag wurde im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt.

---

**zu 8.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Integration Geflüchteter in kommunale Verwaltungen  
Vorlage: VO/6242/2018**

---

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Antrag wurde im Ausschuss in einen Prüfantrag geändert. Dem geänderten Antrag empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme. In der geänderten Fassung wurde der Antrag auch im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt ebenfalls einstimmig dem geänderten Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung lässt über den Antrag in der geänderten Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Magistrat der Stadt Marburg sucht Kontakt zu ver.di und prüft die Teilnahme am ver.di-Projekt „Gute betriebliche und berufliche Integration von Geflüchteten in kommunalen Betrieben und Verwaltungen“ (<https://betriebliche-integration.de/projekt>).**

**Der Magistrat unterrichtet die Stadtverordnetenversammlung regelmäßig über den Fortgang des Projekts.**

**Abstimmungsergebnis**  
einstimmig

---

**zu 8.6 Antrag der BfM-Fraktion betr.: Einseitige Öffnung der Weidenhäuser Brücke stadteinwärts  
Vorlage: VO/6243/2018**

---

Der Antrag wurde im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt.

---

**zu 8.7 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: Fehlbelegungsabgabe  
Vorlage: VO/6244/2018**

---

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, welche konkreten Auswirkungen die Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe auf den lokalen Wohnungsmarkt hat.**

**Insbesondere ist von Interesse:**

- **Wie viele Bescheide sind in der Stadt Marburg seit der Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe an Betroffene ergangen?**
- **Wie hoch war der personelle Aufwand hierfür in Euro?**
- **Welche Einnahmen korrespondieren mit diesen Kosten?**
- **Welchen Zwecken wird/wurden diese Einnahmen konkret zugeführt?**
- **Wie viele Mietparteien haben nach Erhalt eines Bescheides auf Zahlung der Fehlbelegungsabgabe ihre Mietverhältnisse gekündigt?**
- **Wie viele Wohnungssuchende mit Wohnberechtigungsschein konnten daraufhin mit sozial gebundenem Wohnraum in Marburg neu versorgt werden?**
- **Wie beurteilt der Magistrat anhand der Erkenntnisse der oben gegebenen Antworten die Sinnhaftigkeit und den Nutzen der Fehlbelegungsabgabe in Hessen bzw. hier vor Ort in Marburg?**
- **Hält er das Instrument der Fehlbelegungsabgabe für zielführend zur Beseitigung von Wohnraummangel oder das Mietpreisniveau?**
- **Welche Auswirkungen auf das Mietergefüge befürchtet der Magistrat, insbesondere im Hinblick auf Segregation und Brennpunktbildung?**

**Abstimmungsergebnis**

einstimmig

---

**zu 9            Kennntnisnahmen**

---

**zu 9.1        Vollzug des Haushaltsplans 2018  
                 hier: Monatsbericht und Budgetbericht  
                 Vorlage: VO/6233/2018**

---

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die vorliegende Zusammenstellung von Eckwerten über den Vollzug des Haushaltsplans 2018 sowie der Zusammenstellung der den Dezernaten zugeordneten Budgets zum 30.04.2018 zu Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin Wölk dankt allen Anwesenden und schließt die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 20.15 Uhr.

Marburg, 29.05.2018

Marianne Wölk  
Stadtverordnetenvorsteherin

Matthias Simon  
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Roger Pfalz  
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Lothar Sprenger  
Protokoll

**Anlagen:**

Antworten auf die Kleinen Anfragen Nr. 12 bis 22



## Kleine Anfrage Nr. 12

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Alexandra Klusmann
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

### Frage:

Es ist vermehrt zu beobachten, dass Pkws mit überhöhter Geschwindigkeiten in der ausgewiesenen Spielstraße in Zwischenhausen unterwegs sind. Was kann dagegen unternommen werden?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

In Zwischenhausen war im letzten Quartal 2017 für rund 10 Wochen eine Geschwindigkeitsanzeigetafel installiert. Die Auswertung der dabei erfassten Daten hat ergeben, dass 85 % aller Fahrzeuge dort nicht schneller als 15 km/h fahren. Nur gut 3 Prozent waren schneller als 19 km/h und wären bei einer Radarmessung kostenpflichtig verwarnt worden. Die Maximalgeschwindigkeit über den gesamten Zeitraum lag bei 32 km/h.

Diese durchaus positive Bilanz würde grundsätzlich keinen weiteren Handlungsbedarf indizieren. Auf Grund der beschriebenen Beobachtungen wird jedoch zeitnah erneut eine Geschwindigkeitsanzeigetafel in Zwischenhausen montiert.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 13

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Christoph Ditschler
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### Frage:

Gab und gibt es im Rahmen von bereits durchgeführten und/oder sich gegenwärtig in der Umsetzung befindlichen BiBaP-Baumaßnahmen an Schulen unvorhergesehene und ungeplante, aber letztlich erforderliche Zusatzmaßnahmen (Erweiterung des Umfangs) und dadurch ggf. Mehrausgaben? Falls zutreffend wird um eine Auflistung jener Zusatzmaßnahmen und Mehrausgaben gebeten.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 65 - Hochbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind bei drei BiBaP-Maßnahmen Zusatzmaßnahmen erforderlich, bzw. absehbar:

#### 1. Fensteraustausch Elisabethschule

Im Laufe der Planungen hat sich herausgestellt, dass der Einbau von neuen, besser isolierten Fenstern auch eine Verbesserung des Wärmeschutzes der Außenwände notwendig macht, da es ansonsten zu Schimmelbildung in den Fensternischen kommen kann. Des Weiteren muss eine Betonsanierung erfolgen. Die Mehrausgaben betragen nach jetzigem Kenntnisstand ca. 320 T€. Diese können jedoch durch die vorhandenen Haushaltsansätze gedeckt werden.

#### 2. Umbau und Sanierung Forum, Gesamtschule Richtsberg

Im Zuge der geplanten Neugestaltung des Forums wurde das Gebäude auch brandschutztechnisch untersucht. Resultierend aus dieser Untersuchung muss ein 2. Flucht- und Rettungsweg erstellt und der Brandschutz insgesamt verbessert werden.

Lt. Kostenberechnung vom 30.08.2017 belief sich die Maßnahme auf insg. 1.422.031,00 €. Der Umbau des Forums samt Verbesserung des Brandschutzes wird nun voraussichtlich 1.688.873,00 € betragen, also liegen die Kosten rd. 266.000.€ über der ursprünglich veranschlagten Summe im BiBaP-Plan. Darüber hinausgehende brandschutztechnische Maßnahmen werden nicht Bestandteil der BiBaP-Maßnahme.

#### 3. Sanierung und Erweiterung für Cafeteria und Betreuung, Erich Kästner-Schule

Die Schule ist mit 4,0 Mio. € bis 2021, bzw. 4,5 Mio. € bis 2022 im BiBaP berücksichtigt. Die Ergebnisse der durchgeführten Machbarkeitsstudie haben zusätzliche bauliche Bedarfe aufgezeigt. Für Block B wird ein Ersatzneubau empfohlen. Ein erster Abschnitt im Rahmen des Bildungsbauprogrammes (Ersatzneubau Block B, Neubau Cafeteria) wird Kosten von ca. 4,65 Mio. € verursachen, also ca. 650 T€ mehr, als im BiBaP bis 2021 beinhaltet sind.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## **Kleine Anfrage Nr. 14**

**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018**

Die Beantwortung der Frage wurde in Absprache mit dem Fragesteller bis Juni zurückgestellt.

## Kleine Anfrage Nr. 15

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Lisa Freitag
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### Frage:

Gibt es einen Gesamtplan zur Digital-Ausstattung (Internet, Tablets, Computer, etc) an Marburger Schulen? Wenn ja, wie alt ist dieser?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 40 - Schule
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

### Stellungnahme/Antwort:

Richtschnur ist der im Jahr 2005 im Zuge der Medieninitiative „schule@zukunft“ erarbeitete und 2010 fortgeschriebene „IT-Plan für die Marburger Schulen“, der Art und Umfang der Ausstattung sowie technische Leitlinien vorgibt, Standards setzt und als gesamtstädtische Konzeption für die IT Grundausstattung der Schulen verschiedener Schulformen gilt. Der IT-Plan wurde in enger Abstimmung mit den Schulen erstellt und erfordert für eine zielgerichtete und innovativ ausgerichtete Umsetzung auch die jeweiligen schuleigenen IT-/ Medienkonzepte.

Um auf technische Innovationen, auf neue pädagogisch-didaktische Ideen und nicht zuletzt auf die Schnelllebigkeit in der Informationstechnik in Form strategischer Nachjustierungen flexibler und mit angemessener Dynamik reagieren zu können, wurde vor einigen Jahren zusätzlich das Projektantragsverfahren initiiert.

Danach können die Schulen jährlich eigene IT-Projekte vorschlagen, über deren Realisierungswürdigkeit in einem mehrstufigen Prüfungsprozess, unter Beteiligung der Fachberater Medien des Staatlichen Schulamtes, des Fachbeirats des Medienzentrums und des Medienzentrums, entschieden wird. Dies fördert und erfordert eine fundierte und deutlich erkennbare Verankerung der geplanten Maßnahme in ein Digital-Konzept bzw. eine Medieneinsatzplanung der Schule ist dabei ebenfalls eine der herausragenden Bedingungen.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

## Kleine Anfrage Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Lisa Freitag
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### Frage:

Wieviele Computer und Laptops stehen in den Schulen pro Kopf zur Verfügung?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 40 - Schule
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

### Stellungnahme/Antwort:

In unseren Schulen mit 11.460 Schülerinnen und Schülern (statistische Fortschreibung der Schülerzahlen im Schuljahr 2017/ 2018) stehen ca. 1.955 PC, Notebooks und Tablets für den Einsatz im Unterricht zur Verfügung. Pro Kopf sind dies somit für 5,9 Schüler ein Gerät.

Die Zahl ist jedoch nur eingeschränkt von Relevanz, weil keine Unterscheidung nach Schulformen und Nutzungen berücksichtigt ist und die Schulen zusätzlich über eine Menge zusätzlicher Geräte verfügen, die nicht von der Stadt angeschafft und somit auch nicht inventarisiert wurden.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

## Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Hanke Bokelmann
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### Frage:

Welche Maßnahmen zur Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung (EU) 2016/679) innerhalb der Stadt und ihrer nachgeordneten Behörden wurden ergriffen, welche folgen noch?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Datenschutzbeauftragte
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Alle Fachdienste sind als verantwortliche Stellen im Sinne des Datenschutzrechtes in der Pflicht, ihre Prozesse und Dokumente zu überprüfen und auf die neue Rechtslage anzupassen.

Daher wurden die Fachdienstleitungen bereits gebeten, in ihren Bereichen den Anpassungsbedarf zu ermitteln. Hier müssen noch in dem einem oder anderen Bereiche die Rechtsvorschriften verändert werden.

Da viele Vordrucke der Stadtverwaltung auch in anderen Bereichen der Stadt (z. B. Soziale Beratungsstellen u. a.) ausliegen, haben wir eine Information für die Bürgerinnen und Bürger auf der Homepage erstellt, die spätestens zum 25.05.2018 abrufbar ist.

Diese Vorgehensweise, eine Information der Bürgerinnen und Bürger über die Homepage zu veröffentlichen, wurde uns vom Büro des Hessischen Datenschutzbeauftragten empfohlen.

Neben der unmittelbar geltenden DS-GVO gilt das am 26.04.2018 verabschiedete Hessische Datenschutz und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG) für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die öffentlichen Stellen des Landes, der Gemeinden und der Landkreise.

Nach dem Grundsatz des Wiederholungsverbotes fällt der grundsätzliche Gestaltungsraum des HDSIG kleiner aus als der des bisherigen Hessischen Datenschutzgesetzes (HDSG).

Grundsätzlich ändert sich -gerade für Behörden- an den allgemeinen Regeln für den Datenschutz wenig, auch wenn sich natürlich die Paragraphen und Begriffsbestimmungen verändern werden.

Dies betonte auch der Hessische Datenschutzbeauftragte Herr Prof. Ronellenfisch bei der Vorlage seines jüngsten Datenschutzberichtes.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 18

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Hanke Bokelmann
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### Frage:

Wie stellt die Stadt die Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung (EU) 2016/679) in der mit ihr privat- oder öffentlich-rechtlich verbundenen Personen sicher und wie erfolgt die Überwachung der Einhaltung bei diesen Personen durch die städt. Verwaltung?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Datenschutzbeauftragte
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Die Stadt Marburg hat eine Datenschutzbeauftragte bestellt, die die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen für die Verwaltung der Universitätsstadt Marburg überwacht.

Sofern sich die Verwaltung externer Dritter bedient, egal ob privat- oder öffentlich-rechtlich, und hierbei personenbezogenen Daten verarbeitet werden, ist der Abschluss entsprechender Verträge zur Auftragsverarbeitung unter Beachtung geltender datenschutzrechtlicher Bestimmungen obligatorisch.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 19

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Henning Köster-Sollwedel
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### Frage:

Wie sind die Planungen des Magistrats für die Pflege der Städtepartnerschaft mit Poitiers für 2018 und 2019 und ist dabei mal wieder ein Austauschbesuch auch mit Stadtverordneten geplant - wie zuletzt wohl in 1997?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

In diesem Jahr haben die Bands UnCut und Mouss aus Poitiers am MaNo-Musikfestival teilgenommen.

Zudem fand ein Schüleraustausch zwischen der Martin-Luther-Schule Marburg und dem Lycée du Bois d'Amour Poitiers statt.

Im Juli werden zwei Stipendiaten aus Poitiers an der Marburger Sommerakademie teilnehmen.

Weiterhin werden die Organisatoren des MaNo-Teams im Oktober mit einer Band aus Marburg am Les Expressifs, einem großen Musik- und Theaterfestival, in Poitiers teilnehmen.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen ist davon auszugehen, dass auch im März 2019 das MaNo-Musikfestival durch eine Band aus Poitiers unterstützt wird und eine Marburger Band zum Festival Les Expressifs nach Poitiers reisen wird.

Wie bereits in den vergangenen Jahren wird die Martin-Luther-Schule Marburg ihren Schüleraustausch mit dem Lycée du Bois d'Amour Poitiers fortführen. Des Weiteren werden auch wieder zwei Stipendien für die Sommerakademie 2019 an junge kunstinteressierte Menschen aus Poitiers vergeben.

Bisher ist kein Austauschbesuch mit Stadtverordneten geplant. Sollte hier Interesse bestehen, könnte eine entsprechende Anfrage an die Stadt Poitiers gesendet werden.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin



## Kleine Anfrage Nr. 20

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Henning Köster-Sollwedel
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### Frage:

Wie oft wurden dieses Jahr seitens der Stadt falsch parkende PKW aus dem Halteverbot, von Bürgersteigen oder von Fahrradwegen abgeschleppt und wo gibt es Schwerpunkte dieser Verstöße?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

Bisher wurden in diesem Jahre 76 Fahrzeuge abgeschleppt. In den vorausgehenden Jahren kam es durchschnittlich zu rund 200 Maßnahmen pro Jahr. Eine Aufgliederung nach Örtlichkeit oder Abschleppgrund erfolgt dabei nicht.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 21

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Tanja Bauder-Wöhr
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### Frage:

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, wie er erklären möchte, dass im Jahr der Haushaltssperre und den dann folgenden Haushaltskürzungen, im Zuge der Verkaufsmaßnahmen um den Ringlokschuppen Marburg, eine Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (F.A.Z.) geschaltet wurde, die sich auf schlappe 5.556,11 € beziffern läßt, wohingegen bei freien Trägern solche Summe durchaus eingespart wurden?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat ist gerne dabei behilflich, Missverständnisse auszuräumen und zur Aufklärung beizutragen.

Bei der Anzeige in der FAZ handelt es sich um eine verpflichtende Ausschreibung in der Folge des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung aus dem Herbst 2016, eine Konzeptausschreibung mit Bürger/innenbeteiligung zum Erhalt des Ringlokschuppens durchzuführen. Diese beinhaltete einen längerfristigen Ausschreibungszeitraum von mindestens zwei Monaten, sowie die Veröffentlichung in mindestens einer überregionalen Tageszeitung sowie unter anderem im Internet.

Als überregionale Zeitungen kamen in diesem Fall nur die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung und Die Welt in Betracht. Die Wahl fiel auf die Veröffentlichung in der FAZ. Bei einer Anzeigenschaltung im Immobilienenteil in der FAZ müssen zwei Kombitermine gebucht werden, da der Immobilienenteil an zwei Tagen erscheint. Um sich von weiteren Annoncen abzusetzen wurde die Anzeige in Farbe geschaltet.

Die Anzeige wurde an folgenden Terminen geschaltet:

Oberhessische Presse, 17.12.2016, FAZ, 16. + 18.12.2016, Immobilienscout24.de ab dem 17.12.2016, Homepage der Stadt Marburg aber dem 17.12.2016, Kip-Hessen.de ab dem 17.12.2016 (Kommunales Immobilien Portal).

Durch die hohe Auflage der FAZ von über 250.000 Exemplaren und einer entsprechend großen Reichweite konnte erfreulicherweise eines der Angebote zum Kauf des Ringlokschuppens als Reaktion auf die Anzeige in der FAZ gewonnen werden.

Ein in der Frage suggerierter Zusammenhang zwischen den Kosten der Anzeige im Jahr 2016 und dem Haushalt 2017 besteht nicht. Im Jahr 2016 wurden wie vom Oberbürgermeister trotz Haushaltssperre zugesagt keinerlei Kürzungen an Freien Trägern vorgenommen.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 22

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Tanja Bauder-Wöhr
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### Frage:

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, ob das Konzept vom Fachdienst Tiefbau für einen Treppenweg der Wegeverbindung (Im Grund/Am Vogelherd) Cappel fertiggestellt ist, welcher auf einen einstimmig gefassten Beschluss aus dem Ortsbeirat Cappel vom 30.08.2017 zurückgeht, und wann mit der Realisierung gerechnet werden darf?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

Der Fachdienst Tiefbau hat ein Konzept für eine fußläufige Verbindung der Straßen Im Grund und Am Vogelherd erstellt. Aufgrund des großen Höhenunterschiedes könnte ein Verbindungsweg nur mit Treppenstufen hergestellt werden. Die Kosten belaufen sich auf über 150.000 €. Angesichts dieses Finanzierungsbedarfes müsste die Maßnahme gesondert für künftige Haushalte angemeldet und Finanzierungsmöglichkeiten geprüft werden. Der Eingriff in die Grünfläche (Sukzessionsfläche) wäre ebenfalls aufzuarbeiten.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister